

**Tagesordnungspunkt 5(b):****Dringlichkeitsentschlüsse**

**Russlands Invasion in die Ukraine
Frieden, Demokratie und Rechte**

Der Kongress verurteilt die mit Unterstützung des Regimes in **Belarus** durchgeführte brutale und rechts-widrige Invasion **Russlands** in die **Ukraine**, bei der Zehntausende, darunter viele Zivilisten, getötet oder verstümmelt und massenweise kritische Infrastruktureinrichtungen zerstört wurden. Der Kongress fordert ein sofortiges Ende der russischen Aggression und den vollständigen Abzug russischer Truppen aus der gesamten Ukraine. Der Kongress ruft zu Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen auf, um einen gerechten und dauerhaften Frieden zu ermöglichen.

Die Angriffe auf kritische Infrastrukturen haben u.a. gezielte Anschläge auf wichtige Versorgungseinrichtungen wie die Energieversorgung beinhaltet. Das stellt ein Kriegsverbrechen dar, ebenso wie die Folter und Massaker an der Zivilbevölkerung, darunter Frauen und Kinder, seit dem Beginn der Invasion. Dutzende Elektrizitätswerke wurden zerstört oder beschädigt, so dass ganze Regionen keinen Strom haben, während die Temperaturen sinken, was die Evakuierung von Zivilisten erforderlich macht, die zu den Millionen Vertriebenen hinzukommen, und wodurch Tausende Arbeitsplätze entweder direkt oder indirekt vernichtet werden. Die Bombardierung von Atomkraftwerken birgt die Gefahr katastrophaler Störfälle.

Durch die russische Invasion wurde eine weitere Region vom Krieg erfasst, während Konflikte anderswo, in **Syrien**, der Region **Tigray**, im **Jemen** und in vielen anderen Ländern, weiter Menschenleben zerstören. Sie hat direkte Folgen überall auf der Welt, durch rasant steigende Energiepreise und die starke Beeinträchtigung wichtiger Exporte von Düngemitteln, Getreide und anderen Waren, wodurch Hunderte Millionen Menschen in Armut gestürzt werden und viele Hunger leiden müssen, auch in anderen Konfliktgebieten. Durch die Invasion sind Millionen Menschen zu den vielen Millionen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen hinzugekommen, die bereits weltweit vor Konflikten, Umweltzerstörung oder aus anderen Gründen geflüchtet waren.

Zusätzlich zu den Hunderttausenden Menschen, die ihr Leben verloren haben, wurden in den letzten Jahren viele mehr verstümmelt oder von kriegsbedingten Krankheiten heimgesucht, mit katastrophalen Auswirkungen.

Der Kongress verurteilt jegliche Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen und fordert alle Länder auf, auf Massenvernichtungswaffen zu verzichten und den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen umgehend zu ratifizieren und in Kraft zu setzen.

Der Kongress äußert tiefe Besorgnis über die vom Lukaschenko-Regime gegen die Menschen in **Belarus** und die freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung des Landes gerichteten Repressionen, einschließlich der Festnahme der Führungsspitze des BKDP, der haltlosen Beschuldigung führender Arbeitnehmervertreter*innen des Hochverrats und ihrer Bestrafung.

Der Kongress erklärt sich solidarisch mit dem BKDP und allen, die festgenommen, strafrechtlich verfolgt, inhaftiert und vertrieben wurden. Es ist wichtig, dass der BKDP in den Reihen des IGB verbleibt und dass

die internationale Gewerkschaftsbewegung weiterhin verstärkt Druck ausübt, damit inhaftierte Gewerkschafter*innen freigelassen werden. Der IGB begrüßt die Anwendung von Artikel 33 der ILO-Verfassung bezüglich Belarus und verlangt von der Regierung, dass sie alle ILO-Empfehlungen zu Belarus vollständig umsetzt und die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes bezüglich der Auflösung der BKDP-Mitgliedsorganisationen – Belarussische Unabhängige Gewerkschaft (BNP), Freie Metallarbeitergewerkschaft (SPM), Belarussische Gewerkschaft der Rundfunk- und Elektronikindustrie (REP) und Freie Gewerkschaft von Belarus (SPB) – kippt. Sämtliche Anklagepunkte gegen ihre führenden Vertreter*innen müssen fallen gelassen und die Mitglieder des BKDP und seiner Mitgliedsorganisationen aus der Haft entlassen werden.

Durch die Einführung des Nationalen Sicherheitsgesetzes in **Hongkong** im Jahr 2020 haben die Regierungen Hongkongs und Chinas zivilgesellschaftliche Organisationen in Hongkong unterdrückt. Das Recht auf Vereinigungsfreiheit wurde angegriffen, und zahlreiche prominente Gewerkschafter*innen wurden inhaftiert. Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung Hongkongs ist in existenzieller Gefahr. Mehr als 60 Gewerkschaften wurden zwangsweise aufgelöst und etliche führende Gewerkschaftsvertreter*innen wegen ihrer Beteiligung an friedlichen Versammlungen inhaftiert. Wir fordern ihre Freilassung und die Rücknahme aller Anschuldigungen.

Wir stehen solidarisch an der Seite der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Hongkongs und appellieren dringend an alle Mitgliedsorganisationen, sich an der Unterstützungskampagne für sie zu beteiligen.

Der Kongress lehnt die Manipulation von Rechtssystemen zur Verfolgung von Gewerkschafter*innen und anderen Demokratie- und Rechtsverfechter*innen ab.

Der Kongress äußert zudem tiefe Besorgnis über die anhaltende Unterdrückung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in **China** und fordert die chinesische Regierung auf, das Streikrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit zu achten. Die Zwangsarbeit, auch in Xinjiang, muss ein Ende haben.

Der Kongress bekräftigt die tiefe und dauerhafte Verpflichtung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu Frieden und Demokratie und distanziert sich von all jenen, die bewaffnete Konflikte schüren oder rechtfertigen.

Der Kongress verurteilt die Unterjochung ganzer Völker durch eine Militärdiktatur in **Myanmar** und anderswo und verpflichtet sich, dem CTUM weiterhin Unterstützung zu gewähren und diese Unterstützung auszuweiten, u.a. durch internationale Maßnahmen gegen Unternehmen, die durch Geschäfte mit dem mörderischen Regime Profite machen.

Der Kongress erinnert an seine spezifische Solidaritätsbotschaft an die Gewerkschaften und die Menschen im **Iran** und fordert zudem ein Ende der frauenfeindlichen und diktatorischen Herrschaft in **Afghanistan**.

Der Kongress:

- i. Bekräftigt die Gründungsgrundsätze des IGB und seine Verpflichtung zu Frieden und dem Recht aller Völker auf Selbstbestimmung;
- ii. Bekundet Solidarität und Anteilnahme mit all denen, die aufgrund eines bewaffneten Konfliktes Familie, Freunde oder Kolleginnen verloren haben und verurteilt gezielte Angriffe auf Zivilisten und die zivile Infrastruktur in der Ukraine und anderswo. Der Kongress fordert die uneingeschränkte Achtung des internationalen Rechts ohne Ausnahme;
- iii. Begrüßt die überwältigende Solidarität und Unterstützung seitens der Nachbar- und anderer Länder für die Menschen in der Ukraine, einschließlich der vielen von Gewerkschaften innerhalb und außerhalb des Landes durchgeführten Solidaritätsprojekte, bei denen sie großzügige Unterstützung von anderen Gewerkschaften und der Öffentlichkeit erhalten haben;
- iv. Verpflichtet sich zu einer Kampagne für die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter*innen und Demokratieaktivist*innen in Belarus;

- v. Ruft zu vergleichbarer internationaler Solidarität mit Flüchtlingen aus Syrien und anderen von bewaffneten Konflikten gebeutelten Ländern auf;
- vi. Verurteilt den Militärputsch in Myanmar und das brutale Vorgehen des Regimes gegen die Menschen und ihre Gewerkschaften in dem Land und appelliert dringend an die Regierungen, umfassende Wirtschaftssanktionen zu verhängen und die Regierung der Nationalen Einheit in Myanmar anzuerkennen;
- vii. Fordert die Aufhebung des Nationalen Sicherheitsgesetzes in Hongkong, ein Ende der Unterdrückung der Gewerkschaften und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter*innen und Demokratieaktivist*innen sowie die uneingeschränkte Einhaltung der internationalen Verpflichtungen Hongkongs im Bereich der Arbeitnehmer- und anderer Menschenrechte;
- viii. Fordert einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen bezüglich der Region Tigray;
- ix. Verlangt, dass die für Konflikte Verantwortlichen für den Wiederaufbau der Wirtschaft und der Gesellschaft bezahlen, und betont die Bedeutung der ILO-Empfehlung 205: Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit für Frieden und Resilienz;
- x. Appelliert an die Regierungen, sich von allen unrechtmäßigen Regimen, militärischer oder sonstiger Art, zu distanzieren, und verlangt Sanktionen gegen Unternehmen, die Geschäfte mit diesen Regimen machen;
- xi. Ist dankbar für die von Mitgliedsorganisationen und Globalen Gewerkschaftsföderationen gewährte Unterstützung für das IGB-Programm für gefährdete Länder und sagt dessen Fortsetzung und Stärkung zu;
- xii. Fordert dringende multilaterale und internationale Maßnahmen, um die Verschwendung wichtiger Ressourcen für militärische Zwecke, insbesondere für Atomwaffen, zu beenden, und die Bereitstellung dieser Ressourcen für sozial, ökologisch und ökonomisch sinnvolle Zwecke, einschließlich einer gerechten Umstellung auf die nicht-militärische Nutzung von Ausrüstung und Kompetenzen;
- xiii. Begrüßt den Bericht des Olof-Palme-Zentrums, des International Peace Bureau und des IGB über "Gemeinsame Sicherheit 2022" mit den darin enthaltenen zentralen Empfehlungen, einschließlich der Anberaumung einer UN-Friedenskonferenz;
- xiv. Stellt fest, dass die Verwirklichung des neuen Sozialvertrages unerlässlich für dauerhaften Frieden ist;
- xv. Appelliert an alle Länder, die Rolle und Autorität der Vereinten Nationen zu respektieren, fordert die Neubelebung ihrer Rolle bei der Sicherung und Wahrung des Friedens und der Beendigung von Konflikten mit allen verfügbaren Mitteln und unterstreicht die Notwendigkeit multilateraler Rahmenwerke, Dialoge und Verhandlungen für langfristige gemeinsame Sicherheit;
- xvi. Bekräftigt, dass Flüchtlinge willkommen sind, und fordert die uneingeschränkte Achtung ihrer Menschenrechte;
- xvii. Verlangt, dass alle, die sich Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben, vor Gericht gestellt werden, und
- xviii. Fordert die zügige und universelle Ratifizierung und uneingeschränkte Inkraftsetzung des Vertrages über den Waffenhandel, des Atomwaffensperrvertrages, des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen und des Vertrages zum Verbot von Atomwaffen.